

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 15.02.2000

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|------------------------|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 02.11., 30.11. und 14.12.1999 |
| 24 02 - 13 0167/2000 | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2000;
hier: Beschlussfassung |
| 3 01 - 13 0125/1999 | Feststellung der Gültigkeit der am 12.09.1999 bzw. 26.09.1999 durchgeführten Wahlen der Vertretung und des hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt Emmerich |
| 4 01 - 13 0184/2000 | Benennung eines Vertreters bzw. eines Stellvertreters in den regionalen Beirat für den Nahverkehrs-Zweckverband Niederrhein - NVN - |
| 5 02 - 13 0166/2000 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 1999 |
| 6 04 - 13 0131/1999 | Errichtung eines sonderpädagogischen Förderzentrums an der Fröbelschule;
hier: Festsetzung eines neuen Namens gemäß § 7 Schulverwaltungsgesetz |
| 7 04 - 13 0132/1999 | Rechtsverordnung über die Bildung von Einzugsbereichen für die Hauptschulen der Stadt Emmerich vom 27.04.1988;
hier: Redaktionelle Änderung |
| 8 05 - 13 0144/2000 | 9. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 10/4 - Dechant-Sprüngen-Straße;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss |
| 9 05 - 13 0156/2000 | 8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL I/1 - Am Dudel -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss |
| 10 05 - 13 0163/2000 | 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 - Hansastrasse -;
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss |
| 10a) 06 - 13 0196/2000 | Errichtung einer Klärschlammvererdungsanlage auf den Grundstücken Gemarkung Elten, Flur 3, Flurstück 1338 und 1337 |

Anträge an den Rat

- | | | |
|----|-------------------|---|
| 11 | 01 - 13 0174/2000 | Ablauforganisation im Bauhof |
| 12 | 01 - 13 0176/2000 | EDV-Aufwand |
| 13 | 02 - 13 0179/2000 | Erhöhte Hundesteuer für Kampfhunde |
| 14 | 05 - 13 0154/2000 | Anbringung des "Grünen Pfeils" |
| 15 | 05 - 13 0175/2000 | Baugebiet für junge Familien |
| 16 | 06 - 13 0165/2000 | Antrag auf ausführliche Prüfung an den Rat der Stadt Emmerich (00/001);
hier: Neues Feuerwehrgerätehaus - Zusammenlegung von Feuerwehr und THW |
| 17 | 08 - 13 0153/2000 | Neuorganisation der Wirtschaftsförderung |
| 18 | 08 - 13 0155/2000 | Ergänzung zum Namen der Stadt |
| 19 | 08 - 13 0177/2000 | Einsparung von Energiekosten an Schulen |
| 20 | 08 - 13 0178/2000 | Gestaltungskonzept für den Bereich Realschule, Stadttheater und Grollischer Weg |

Eingaben an den Rat

- | | | |
|----|-------------------|---|
| 21 | 02 - 13 0181/2000 | Zuschuss für Groß Emmericher Carnevals-Komitee e.V. |
| 22 | 04 - 13 0185/2000 | Umzug des DKSB in die Innenstadt |
| 23 | 05 - 13 0152/2000 | Verkehrsuntersuchung BAB - AS Netterdensche Straße |
| 25 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 26 | | Einwohnerfragestunde |

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
 Arntz, Anneliese
 Beckschaefer, Christian
 Bongers, Karl-Heinz
 Brink ten, Johannes
 Diks, Johannes
 Elbers, Markus Herbert
 Gabriel, Franz-Josef
 Gertsen, Gerhard
 Gies, Norbert Ludwig
 Heering, Anneliese
 Heger, Harald
 Hetterscheidt, Herbert
 Heuvelmann, Christian
 Jansen, Albert
 Kulka, Irmgard
 Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
 Lang, Hermann
 Lorenz, Marianne

Maiß, Franz Georg Anton
Meisters, Gabriele
Möllenbeck, Irene
Offergeld, Birgit
Roebrock, Wilhelm
Scheftschik, Carmen
Sickelmann, Ute
Sloot, Birgit
Spiertz, Andre
Struckhof, Detlef (bis 18.50 Uhr, während TOP 24)
Tenhaef, Alfred
Tepaß, Udo
Trüpschuch, Elke
Ulrich, Herbert
Wernicke, Hans-Jörgen

Entschuldigt fehlen: Diekman, Rolf
Jessner, Udo

Von der Verwaltung: Bürgermeister Boch
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Böttner
Herr Siebers
Dezernent Stangert
Herr Antoni
Herr Barfuß
Herr Heyming
Herr Holtkamp
Herr Kemkes
Herr Kleipaß
Herr Kraayvanger
Frau Lebbing
Herr Dr. Lindner
Herr Runge
Herr Sassenhof
Referendar Pau
Frau Köster
Frau Evers (Schriftführerin)

Als Gäste: Herr Balkmann
Herr Häfemeier

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung, um 18.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung, der örtlichen Presse und die Zuhörer im Zuhörerraum.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass angeregt worden ist, den Tagesordnungspunkt 24 vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 2 zu beraten. Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung, um den Tagesordnungspunkt 10 a zu erweitern.

Er läßt hierüber abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt, den Tagesordnungspunkt

24 02-13 0167/2000 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2000;
hier: Beschlussfassung

nach Tagesordnungspunkt 2 zu beraten.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 12 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

Beschluss

Der Rat beschließt die Tagesordnung um den Punkt

10a 06-13 0195/2000 Errichtung einer Klärschlammvererdungsanlage auf den
Grundstücken Gemarkung Elten, Flur 3, Flurstück 1338 und 1337

zu erweitern.

Beratungsergebnis: 35 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

**2 Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 02.11.,
30.11. und 14.12.1999**

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegten Niederschriften werden Einwände nicht erhoben. Sie werden vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

24 02 - 13 0167/2000

**Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2000;
hier: Beschlussfassung**

Der Vorsitzende gibt den Fraktionsvorsitzenden das Wort.

Johannes Diks, CDU-Fraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

im September 99 haben die Bürger der Stadt Emmerich einen neuen Stadtrat gewählt. Die CDU erhielt bei dieser Wahl 16 Mandate und wurde stärkste Fraktion im Rat der Stadt Emmerich.

Die neue CDU Mannschaft hat sich für die nächsten Jahre viel vorgenommen. Und um einen Kommentar einer Tageszeitung der letzten Tage sofort zu beantworten "Wir werden den Worten auch Taten folgen lassen".

Nun habe ich das erste Mal die "Ehre", eine Haushaltsrede halten zu dürfen und ich gehöre nicht zu den Politikern, die lange Reden halten, bei denen man anschließend überlegt - was er hat "Er" oder "Sie", denn gemeint oder was wurde eigentlich gesagt. Ich gehöre eher zu denen, die versuchen, kurz und bündig Dinge auf den Punkt zu bringen. Und so möchte ich es auch mit meiner Haushaltsrede halten.

In der Ratssitzung am 14.12.99 wurde durch den Bürgermeister und Herrn Siebers ein ausgeglichener Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 vorgelegt.

Ist doch der Haushalt einerseits wichtig, weil er die Ziele einer Stadt für das laufende Jahr festlegt. Neben dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das laufende Jahr - nimmt die Finanzplanung für die folgenden Jahre immer mehr an Bedeutung zu. So ist er doch andererseits immer nur eine Momentaufnahme mit vielen Unbekannten. Stimmen die Prognosen der Steuereinnahmeschätzungen? Können wir alle Investivvorhaben wirklich realisieren? Das sind nur zwei von vielen Fragen, die letztendlich erst am Ende des Jahres beantwortet werden.

Ich habe bereits kurz nach der Einbringung gesagt, grundsätzlich ist der Haushalt unspektakulär. Gewerbesteuernachzahlungen versetzen uns in die Lage, die Rücklage nicht gänzlich in Anspruch zu nehmen und den geforderten Mindestbestand von 2 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes auszuweisen. Er ist ausgeglichen. Er hat - wie immer in den letzten Jahren - nur eine geringe freie Spitze. Alle Ratskollegen haben sich in den Ausschussberatungen bemüht, diese geringe freie Spitze sinnvoll und gerecht aufzuteilen und nicht mit dem Füllhorn der Wohltaten alles zu bezuschussen. Hierfür möchte ich mich bei allen Ratskollegen herzlich bedanken.

Die von der CDU beantragten Veränderungen wurden berücksichtigt.

Wenngleich der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete in seiner Stellungnahme, die Senkung der Gewerbesteuer auf den vom Land NRW vorgegebenen fiktiven Hebesatz von 380 Punkte, für nicht vertretbar hält, sind wir der Meinung, dass die Senkung um 5 % ein wichtiges Signal an die Wirtschaft ist. Wir sind gewillt bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen mitzuhelfen. Verbesserte Rahmenbedingungen können auch für Neuansiedlungen nicht schaden.

Die Ablehnung der Gewerbesteuersenkung durch den für das Finanzwesen zuständigen Bediensteten und der SPD wird im übrigen nach den Ausschussberatungen entkräftet. Halten doch beide, die "Wenigereinnahme" in Höhe von ca. 233.500 DM für unvertretbar, weil der Haushalt diese Senkung nicht hergebe.

So ist doch festzustellen, dass der Verwaltungshaushalt um ca. 205.000 DM gegenüber dem eingebrachten Entwurf im Dezember 99 - nicht zuletzt aufgrund von Einsparvorschlägen in den Ausschussberatungen - verbessert wurde.

Nun zum Vermögenshaushalt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, große und wichtige Maßnahmen stehen zur Realisierung an. Ca. 17 Millionen DM sollen in 2000 investiert werden:

Neubau und Einrichtung der Realschulturnhalle, Um und Ausbau von Straßen, Bau von Radwegen soweit Emmerich zuständig ist, Sanierung an Schulen und anderen städtischen Gebäuden, Mehrzweckgebäude am Nonnenplatz, um nur einige große Vorhaben zu nennen, aber auch die Dorfplatzgestaltungen, Innenstadtgestaltung, Umgestaltung von Parkplätzen, Rathuserweiterung, Neubau des Feuerwehrgerätehauses sind für die weitere Entwicklung unserer Stadt wichtig. Eine konsequentere Umsetzung des Themas "Neue Steuerung" in Verbindung mit einer Fachbereichsbudgetierung bereits ab dem Jahr 2001 ist nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Arbeitsabläufe und Entscheidungswege müssen mit dem Ziel einer schlanken Verwaltung optimiert werden. Das gilt ebenso für die Politik.

Die CDU hat ihre Innenstadtkonzeption eingebracht. Emmerich braucht eine "Vision" gegenwartsbezogen und zukunftsorientiert.

Die Pflege und weitere Entwicklung des Stadtbildes ist eines der vorrangigen Ziele. So lautet unser erstes Ziel im Leitbild. In 23 Punkten haben wir dargestellt, wie und wo wir ansetzen müssen. Nun gilt es eine Prioritätenliste für die nächsten 10 Jahre aufzustellen.

Themen wie Löwentorunterführung bzw. Ostwallvariante, Verkehrskonzeption, Verkürzung der Fußgängerzone, Rheinpromenade und die vielen Platzgestaltungen dürfen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Es sollte gelingen, jährlich 2-3 Punkte aus einer noch zu entwickelnden Langfristkonzeption umzusetzen. Die Finanzplanung ist auf die zu erarbeitende Konzeption auszurichten. Dies alles gelingt nur, wenn sich Emmerich weiterentwickelt. Die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist für eine weitere Entwicklung unabdingbar. Emmerich steht seit geraumer Zeit mit ca. 11,3 % an der "Spitze" der Arbeitslosenquote im Kreis Kleve. Das hat einerseits mit der hohen Einpendlerquote zu tun, doch dürfen wir uns dahinter nicht verstecken. Eine in diesem Jahr neu zu gründende, private Wirtschaftsförderungsgesellschaft muss das Ziel haben, optimale Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Einen Nachholbedarf sehen wir bei der Verwaltung in ihrem Bemühen, Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit zu bringen. Emmerich hat eine hohe Sozialhilfeempfängerquote im Kreis Kleve. Dies ist insbesondere unter dem Aspekt - dass ab 2001 50 % der Sozialhilfekosten von den Kommunen aufzubringen sind - immens wichtig. Rat und Verwaltung sind hier besonders gefordert, schnellstens nach Lösungsansätzen zu suchen. Der Mehraufwand liegt sonst bei ca. 2 Mio. DM jährlich.

Nur eine vernünftige Sachpolitik hat Zukunft in Emmerich. Lösungsansätze zu Sachfragen bestimmen unser Handeln. Die politischen Mehrheitsverhältnisse zwingen uns alle, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen. Wir haben damit kein Problem und bieten allen am Ratstisch eine offene konstruktive Zusammenarbeit in Sachfragen an.

Die CDU bedankt sich bei allen Bürgern, die am Leitbild der Stadt Emmerich mitgewirkt haben. Das erstellte Leitbild soll den roten Faden darstellen, an dem wir uns immer wieder neu zu orientieren haben. Wir begrüßen die Initiativen der Stadtparkasse und der Raiffeisenbank am Stadtbild mitzuwirken. Wir sind dankbar für das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, im Rheinmuseum und in den Fördervereinen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die das Zahlenwerk erstellt haben,

möchte ich ebenso danken und beantrage für die CDU-Fraktion, dem Haushalt 2000 mit dem Stellenplan und der Änderungsliste ihre Zustimmung zu geben.

Da jeder zum Abschluss einer Haushaltsrede ein Zitat erwartet, will ich denn auch eines bringen. Ein Wort von Winston Churchill zum Jahresbeginn: Ein Optimist sieht eine Gelegenheit in jeder Schwierigkeit, ein Pessimist sieht eine Schwierigkeit in jeder Gelegenheit.

Wir wünschen uns gegenseitig ein Jahr, ein Jahrzehnt voller Gelegenheiten, von denen wir als Nichtpessimisten keine verpassen.

Herzlichen Dank."

Irene Möllenbeck, SPD-Fraktion:

"Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir haben hier einen auf den ersten Blick einen unspektakulären und scheinbar auch ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, der einige positive Aspekte aufweist, aber auch erhebliche Risiken birgt.

Wer sich die Mühe macht, das Zahlenwerk, das die Grundlage unseres kommunalen Handels in diesem Jahr ist, einmal genauer unter die Lupe zu nehmen, dem stellen sich viele Fragen, die dieser Haushaltsentwurf unbeantwortet lässt, denn das Problem ist weniger dieser Entwurf, sondern die offenen Fragen der Zukunft die keine Berücksichtigung finden.

Der Hinweis, nach dem Motto "was kümmern uns die nächsten Jahre, wir verabschieden heute ja nur den Haushaltsplan 2000" ist falsch, denn Bestandteil des Haushalts ist auch die mittelfristige Finanzplanung und das Investitionsprogramm. Und wir haben in diesem Jahr eine Besonderheit und zwar eine abweichende Stellungnahme der für das Finanzwesen zuständigen Kämmerei vorliegen zum Thema Gewerbesteuerhebesatz, ein für unsere Stadt nicht alltäglicher Vorgang. Da stellte sich uns u. a. die Frage: wem glauben wir nun? Dem Finanzfachmann oder dem politisch motiviert agierenden Bürgermeister.

Meine Damen und Herren, bleiben wir zunächst bei den positiven Aspekten des Haushalts. Es sind keinerlei Kürzungen im Jugendbereich oder bei den Zuschüssen für unsere zahlreichen Vereine zu verzeichnen, also bei den sogenannten freiwilligen Leistungen. Wir konnten die Zuwendungen auf altem Niveau halten.

Sicherlich auch Ergebnis des politischen Drucks des vergangenen Jahres ist das Investitionsprogramm für unsere Schulen und öffentlichen Gebäude, das sich wirklich sehen lassen kann. Wir machen hier einen Schritt in die richtige Richtung, unsere Schulgebäude Zug um Zug zu sanieren und durch moderne räumliche Ausstattung die Lernfreude der Kinder zu unterstützen.

Anzumerken bleibt, dass wir mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass obwohl die Zusage der Verwaltung vorliegt, in den Räumen des Altbaus der Realschule die größten Mängel zu beseitigen, z. B. auch die Reparatur der Jalousien durchzuführen, immer noch nicht erfolgt ist. An dieser Stelle sei auch unser Antrag zur Umgestaltung des Bereichs der Realschule, des Vorplatzes des Stadttheaters und Grollscher Weg erwähnt, der u. a. neben der Gestaltung des Bereiches auch das Schulhofproblem der Realschule lösen soll

Wir stehen am Anfang eines jahrelang aufzulegenden Unterhaltungs- und Investitionsprogramms, das jährlich ca. 2 Mill. DM binden wird.

Durch die Einrichtung der Stelle eines schulbezogenen Sozialarbeiters für unsere beiden Hauptschulen und unsere Sonderschule leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag zur Lösung der zahlreichen sozialen Probleme, vor denen wir die Augen als Kommune nicht verschließen dürfen. Heute müssen unsere Schulen Aufgaben übernehmen und Probleme auffangen und lösen, die eigentlich Aufgabe des Elternhauses wären. Wir können hier die zögernde Haltung einiger CDU-Vertreter nicht nachvollziehen, die die Einrichtung dieser Stelle von einer Landesfinanzierung abhängig machen wollen, denn dies ist in keiner Hinsicht mit den Aufgaben und der Stellung eines landesfinanzierten Lehrers zu vergleichen. Die Stadt Goch hat z. B. die erste Stelle zu 100 % finanziert und erst die zweite Stelle wurde mit Landesförderung unterstützt. Nichtsdestotrotz bin ich mir sicher, dass auf der Landesebene alles möglich gemacht wird, um schnell zu helfen.

Dennoch muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Besetzung einer Stelle mit zwei Personen letztlich nicht ausreichen wird. Städte und Schulen, die schon auf Erfahrungen in diesem Bereich zurückblicken können, haben uns mehr als deutlich gemacht, dass für eine effiziente und wirksame Arbeit eine weitere Kraft erforderlich ist.

In den Haushaltsplanberatungen konnte ein weiterer Knoten nun endlich durchschlagen werden, der uns als Antrag schon jahrelang begleitete. Im Alleingang hat Emmerich die Mittel für unsere Außenstelle der Kath. Eheberatungsstelle aufgestockt, um so die Familie als kleinste soziale Struktur u. a. in der Aufgabe von Erziehung, Wertevermittlung, Solidarität, Betreuung und Bildung zu unterstützen. Mit den beiden vorgenannten Maßnahmen leisten wir, nachdem in den vergangenen Jahren die Betreuungsangebote kontinuierlich ausgebaut wurden, einen weiteren wirksamen Beitrag zur kommunalen Familienpolitik.

Ein ebenso wichtiger Bereich des Haushalts sind die Maßnahmen zum Straßenausbau und zur Innenstadtgestaltung. Hier ist positiv anzumerken, dass wir nun in diesem Jahr eine über mehr als ein Jahrzehnt geführte Diskussion beenden können und endlich mit Landesunterstützung das "Stadtquartier Nonnenplatz" mit dem neu zu errichtenden Plakatumuseum städtebaulich gestalten können. Nicht nur dieser Bereich der Innenstadt hat eine Erneuerung bitter nötig, sondern auch andere Bereiche haben einen Nachholbedarf, und darum setzt die SPD-Ratsfraktion nun ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Innenstadtgestaltung. Das von uns zusammengestellte Thesenpapier ist eine Zusammenfassung aller Ideen, Vorschläge und Diskussionen der vergangenen Jahre. Auch bei der CDU habe ich nichts Neues entdecken können. Das zeigt, in dieser Stadt mangelt es nicht an Ideen und Vorschlägen, sondern an einem realisierbaren integrierten Konzept und dessen Umsetzung. Der Haushaltsplan bleibt in diesem Bereich unklar und ob ausreichende Finanzmittel im Investitionsprogramm eingeplant wurden, darf getrost bezweifelt werden.

Wir fordern eine klare Prioritätensetzung in welchen Schritten und Zeiträumen welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen und schnelle politische Entscheidungen. Die entsprechende personelle Verstärkung durch einen technischen Beigeordneten haben wir auf den Weg gebracht. Wir sind zum Handeln bereit.

Meine Damen und Herren, ich darf nun zu den Risiken und den offenen Fragen dieses Haushaltsplanes kommen. Wer sich die Seite 17 ansieht muss feststellen, dass wir die Phase der Konsolidierung der vergangenen Jahre nun endgültig verlassen.

Wir werden uns in diesem Jahr erheblich neu verschulden und können unsere geplanten Projekte nur durch eine Kreditermächtigung von zusätzlich 9 Mill. DM realisieren. Die Bänker unter uns wird es freuen.

Ich will Ihnen die Situation mit weiteren Zahlen verdeutlichen. Der Schuldenstand steigt von 1999 zu 2000 von 28.4 Mill. DM auf 40,8 Mill. DM, die pro Kopf Verschuldung steigt von 979 DM auf 1.406 DM. Da hilft auch der scheinbar positive Abschluss des Jahres 99 nicht sehr viel weiter. Wer sich die Mühe macht und den Überschuss von ca. 2,2 Mill. DM näher durchleuchtet, muss feststellen, dass es sich hier nicht um einen echt erwirtschafteten realen Überschuss handelt, sondern lediglich um die nicht vollzogene Kreditermächtigung der Jahre 98 und 99. Wir weisen hier also "nicht aufgenommene Kredite" als Überschuss aus. Dies ist haushaltstechnisch richtig und einwandfrei. Jeder Kaufmann kann hier nur verständnislos den Kopf schütteln.

Im Hinblick auf die Risiken der Finanzplanung der nächsten Jahre haben wir die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes abgelehnt, ich denke wir kommen noch zur Abstimmung, da bitten wir auch um Einzelabstimmung, weil wir es für unverantwortbar halten, die Finanzierungsgrundlage der nächsten Jahre erheblich zu kürzen. Wir folgen hier dem Hinweis des Finanzfachmanns.

Neben den Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer werden wir zukünftig auch keinen Rückfluss aus dem Eigenkapital der Abwasserwerke zur Weiterleitung an den Verwaltungshaushalt haben, daneben ist ebenfalls mit sinkenden Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Stadtwerke zu rechnen.

Aus dem Wirtschaftsraum erhielten wir den Hinweis, dass bei einigen Unternehmen mit einer höheren Gewerbesteuerzahlung zu rechnen sei. Unsere Nachfrage bei der Kämmerei ergab, dass diese Steigerung bereits eingeplant ist. Des Weiteren erfuhren wir, im Übrigen nicht aus der Kämmerei, sondern auch aus dem Wirtschaftsraum, dass die Stadt auch eine erhebliche Steuerrückzahlung an Unternehmen leisten muss, und zwar in Höhe von ca. 1 Mill. DM.

Auch wenn positive Signale an die Wirtschaft richtig sind, bleiben wir überzeugt, dass die Höhe unseres Gewerbesteuerhebesatzes kein Standortnachteil für unsere Stadt ist und dass kein Unternehmen aufgrund der Senkung des Hebesatzes auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen wird. Man wird das Geschenk dankend annehmen und zur Tagesordnung übergehen.

Wir treffen im städtischen Haushalt keinerlei Vorsorge für die Zukunft um die Investitionsrisiken der kommenden Jahre abzufedern. Welche Risiken sind hier gemeint? Neben den Investitionen im unabweisbaren Bereich wartet die Beseitigung der Altlast auf dem sogen. EUR-Gelände. Experten beziffern den Finanzbedarf auf ca. 1,5 Mill. DM. Dass wir dieses Gelände zur Verwertung brauchen, ist allen klar. Von den Altlasten auf dem Breitensteingelände spreche ich an dieser Stelle nicht.

Nächstes Stichwort: Die "Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge" und die Löwentorunterführung, die so sicher wie das "Amen in der Kirche" auf uns zukommen werden. Ein Blick auf unsere Nachbarstadt Rees zeigt, dass dort durch jährliche Rückstellungen in Millionenhöhe Vorsorge getroffen wird. In Rees versucht man durch die Schaffung eines finanziellen Polsters das "Heft des Handelns" in der Hand zu halten. Wir hoffen in Emmerich wohl auf ein Wunder.

Dass die Sanierung der Brückenauffahrten auch städtische Aufgabe ist und ca. 1 Mill. DM verschlingen wird, erfahren wir so ganz nebenbei.

Gespannt dürfen wir auch auf den Vergleich im Streit mit unserer städtischen Tochter-GmbH sein, bei dem es immerhin um 1 Mill. DM geht. Im Haushalt ist jedenfalls für keine dieser Maßnahmen auch nur eine "Müde Mark" eingestellt.

Dass bei den Tarifverhandlungen nur die von der Verwaltung eingeplanten Einprozent--Lohnsteigerung herauskommen werden, darf wohl auch in Abrede gestellt werden. Der Mehrbedarf wird jedenfalls im Haushalt aufzufangen sein.

Die Antwort auf die Frage, wie wir die Lasten der Umverteilung von 50 % der Sozialhilfeaufwendungen von der allgem. Kreisumlage auf die Stadt ab dem Jahr 2001 tragen sollen, bleibt dieser Haushalt natürlich auch schuldig. Sicher ist, dass wir bisher die Gewinner der Kreislösung waren und nun aufgrund unserer industriellen Struktur besonders hart getroffen werden, denn die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in unserer Stadt prozentual höher, als bei anderen. Wir tragen alleine 20,2 % der gesamten Sozialhilfekosten des Kreises. Wir werden im kommunalen Verwaltungshaushalt, also da, wo es uns am härtesten trifft, zusätzliche Belastungen von ca. 2,3 Mill. DM zu verkraften haben. Wir machen uns derzeit mit anderen auf der Landesebene stark, dass z. B. Städte wie Emmerich einen Härteausgleich erhalten und ich bin auch guter Hoffnung, dass der kommen wird, nur, ob er ausreicht.

Es wird die besondere Aufgabe des Sozialausschusses sein, nach Ursachen zu forschen und Lösungswege aufzuzeigen.

Wir erhoffen uns zur Abfederung dieser vorgenannten Probleme, auch von der Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH neue Impulse zur Ansiedlung neuer Unternehmen mit zusätzlichen Arbeitsplätzen. Es müssen auch alle Potentiale der zur Zeit stagnierenden Einführung des neuen Steuerungsmodells genutzt werden.

Zusammenfassend muss ich sagen, um den Risiken der Zukunft zu begegnen und dem nächsten Haushaltssicherungskonzept zu entkommen, das unsere Handlungsspielräume gänzlich beschneiden würde, brauchen wir eine ausgeglichene mittelfristige Finanzplanung, die noch in diesem Jahr erfolgen muss und keine kreditfinanzierten Investitionsmaßnahmen.

Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Planungen auch tatsächlich realisiert werden können. Wir brauchen ein solides und realfinanziertes Zahlenwerk und kein Märchenbuch in dem wir unsere Wünsche auflisten. Wir geben zu, dass wir mehr Gründe zur Ablehnung dieses Haushaltsplanes gefunden haben, als Gründe zur Zustimmung. Aber wir wollen keine Verweigerungshaltung einnehmen, sondern unsere Verantwortung für unsere Stadt konstruktiv wahrnehmen. Darum stimmen wir - zwar mit Bauchschmerzen - aber auf Grund der genannten positiven Aspekte dem Haushalt zu.

Im Namen der SPD-Ratsfraktion danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, in den angegliederten Eigenbetrieben und den städtischen Gesellschaften für die geleistete Arbeit.

Unser Dank gilt auch allen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern, ohne die es kein funktionierendes Gemeinwesen geben würde. Wir bitten also um eine getrennt Abstimmung über den Gewerbesteuerhebesatz und den Gesamthaushalt. Ich danke Ihnen."

Christian Beckschaefer, BGE-Ratsfraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

heute verabschieden wir den 1. Haushalt der neuen Legislaturperiode. Eigentlich könnte ich mich als Fraktionsvorsitzender der BGE zufrieden zurücklehnen und feststellen, dass viele unserer Forderungen, die wir seit fünf Jahren stellen, nun angenommen worden sind.

Nur einige wenige Beispiele: Gewerbesteuer, Führung der Betuwe-Linie, Verkehrsregelung und Gestaltung der Innenstadt.

Wir freuen uns darüber, dass sich bei der Vorbereitung dieser Haushaltsverabschiedung eine neue Atmosphäre in der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen zeigt. Bei den Beratungen in den Fachausschüssen haben die Fraktionen versucht, einvernehmliche Lösungen zu finden - und dieses meistens mit Erfolg.

Der gemeinsame Wille zur Zukunftsentwicklung dieser Stadt ist deutlich erkennbar. Deswegen wird die BGE diesem ausgeglichenen Haushalt zustimmen.

Lassen Sie mich jetzt unsere Stadt Emmerich definieren: "Emmerich, ein Standort mit wachsender Einwohnerzahl, einem schönen Stadtbild, einer lebendigen durch Handel und Wohnen geprägten Innenstadt und gut entwickelten Neubaugebieten am Stadtrand und in den Ortsteilen".

Sie staunen mit Recht, obwohl ich Ihnen soeben eine Präambel aus dem vom Rat verabschiedeten Leitbild zitiert habe. An diesem Leitbild hat dieser Rat und die Verwaltung in Zukunft ihre Arbeit auszurichten. Emmerich, ein Standort mit wachsender Einwohnerzahl? Leider falsch, denn unsere Einwohnerzahl ist mit weniger als 29.000 Einwohnern, rückläufig und das seit Jahren. Emmerich, eine Stadt mit schönem Stadtbild?

Ersparen Sie mir eine Bewertung. Feststeht, hier müssen wir ganz kräftig daran arbeiten. Emmerich, eine lebendige, durch Handel und Wohnen geprägte Innenstadt? Genau hier liegen unsere Probleme und die Ursache der jetzigen negativen Situation. In der Vergangenheit wurden falsche Entscheidungen getroffen. Das darf sich nicht wiederholen. Hierfür nur ein ganz deutliches Beispiel: Gegen die Meinung der BGE und gegen den Rat führender Kaufleute dieser Stadt hat der alte Rat und die seinerzeitige Verwaltungsspitze die Entscheidung für das RheinCenter getroffen und den Bau durchgesetzt. Es ist kein Geheimnis, dass die wirtschaftliche Verwendung des RheinCenters noch große Probleme macht und es nur begrenzt angenommen wird. Die Folge dieser Fehlentscheidung ist ein verödeter Neumarkt, für den noch keine Lösung in Sicht ist.

Trotzdem wird bereits das dritte Zentrum, das Stadtquartier am Nonnenplatz, geplant. Nun zum letzten Teil des vorhin zitierten Leitbild-Satzes: Emmerich, ein Standort mit gut entwickelten Neubaugebieten am Stadtrand und in den Ortsteilen. Diesen Teil haben wir schon weitgehend realisiert, denn unsere Ortsteile strahlen viel Charme aus. Natürlich auch dank der aktiven Ortsvorsteher. Allerdings haben wir aber auch viel Geld dafür eingesetzt, z. B. enthält dieser Haushalt 240.000 DM für die Dorferneuerung Dornick und Praest.

Die BGE hat einen Antrag zur Schaffung von Baugebieten für junge Familien gestellt. Damit die Leitbild-Zukunftsvision Emmerich in absehbarer Zeit auch mit Leben erfüllt wird, müssen wir gemeinsam noch viel Arbeit und Geld investieren.

Und damit wieder zur Innenstadt - unserem Hauptproblem:

Die in den letzten Tagen vorgelegten Pläne zur Gestaltung und Verkehrsführung lassen hoffen, dass die gleiche positive Entwicklung wie in den Ortsteilen nun auch hier beginnt. Die BGE bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die Zusammenstellung des 23 Punkte-Innenstadtprogramms, das langfristig und prioritätenorientiert endlich ein Gesamtkonzept erahnen lässt. Eigentlich wäre es Aufgabe der Verwaltung gewesen, dieses Konzept zu erarbeiten.

Wir werden diese Planungen unterstützen, denn wir finden viele unserer Forderungen - wie Gesamt-Verkehrskonzept, Einkürzung der Fußgängerzonen, Kreisverkehre, Rheinpromenade, Gestaltung der Stadtzentren - hier wieder. Bei der Steinstraße können wir uns allerdings vorstellen, dass sie in absehbarer Zeit wieder als Einbahnstraße geöffnet wird.

Die von Herrn ten Brink erarbeitete Ostwall-Variante Löwentor ist die beste Lösung für diesen Bereich, die wir seit Planungsbeginn gesehen haben. Besonders anerkennenswert ist hier nicht nur der Lösungsvorschlag, sondern auch die von Herrn ten Brink bewiesene Hartnäckigkeit und sein Stehvermögen.

Für die Rheinpromaden-Verkehrsführung ist der Rat beim Bürger im Wort. Wir werden in der nächsten Bauausschuss-Sitzung beantragen, die sog. Kneipenmeile als verkehrsberuhigte Einbahnstraße - in der jetzigen Fahrtrichtung - einzurichten. Für den Einbau der hier kurzfristig notwendigen Verkehrsbremsen hat die BGE einen Sponsor, so dass die Stadtfinanzen möglichst wenig belastet werden.

Nun zu zwei weiteren bedeutenden Zukunftsprojekten Emmerichs:

1. Die Betuwe-Linie:

Sie wird kommen, dieser Rat muss mit einer Stimme dafür kämpfen, dass die Hochgeschwindigkeits- und Güterfernstrecke entlang der Autobahn gebaut wird.

2. Der Hochwasserschutz und die Gestaltung der Rheinpromenade:

Die Umgestaltung der Rheinpromenade in Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz kostet nach dem Investitionsprogramm 10,7 Mio DM, wovon die Stadt Emmerich 4,1 Mio DM selbst aufbringen muss. Diese Neugestaltung ist für uns die Chance, dass unsere Rheinpromenade der Anziehungspunkt am Niederrhein wird.

Allein diese beiden Punkte zeigen den Finanzbedarf der nächsten Jahre. Deswegen macht uns die überdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben für soziale Aufgaben große Sorge. Der Einzelplan 4 - Soziale Sicherung - weist im Jahr 2000 eine Steigerung des Zuschussbedarfes von 5,4 Mio DM auf - das sind 86 % mehr als 1997. Land und Bund übertragen immer mehr Aufgaben - und damit Ausgaben - auf die Kommunen. Diese Politik engt unsere Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen immer mehr ein. Allein für das Jahr 2001 sind bis zu 2,2 Mio DM Mehrausgaben zu erwarten.

Die BGE wird sich in diesem Jahr verstärkt mit dem Thema Sozialausgaben beschäftigen und hat bereits erste Gespräche hierzu vereinbart. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Bürgermeister Boch in den letzten Tagen deutlich gemacht hat, dass finanzielle Zuwendungen durch Sachzuwendungen ersetzt werden sollen.

Es ist gut, dass nunmehr verstärkt die städtischen Immobilien saniert und damit erhalten werden. Prioritäten müssen in einer finanzierbaren Fortschreibung umgesetzt werden. Die Wirtschaftsförderung in Emmerich muss deutlich aktiviert werden. Wir fordern die Gründung einer privaten Wirtschaftsförderungsgesellschaft, mit deren Leitung ein Fachmann betraut werden muss.

In diesem Zusammenhang halten wir die Senkung der Gewerbesteuer auf den fiktiven Hebesatz des Landes NRW für den richtigen Ansatz, den Standort Emmerich attraktiver zu machen. Wir können aber nicht nachvollziehen, dass eine Reduzierung um 5 % Punkte die Finanzkraft der Stadt Emmerich nachhaltig gefährden soll, wie von einigen Fraktionen kritisiert wird. Denn: Wir müssen uns auch im Wettstreit mit unseren Nachbargemeinden behaupten.

Die für 1999 vorgesehene Kreditaufnahme von 6,6 Mio DM wurde nicht in Anspruch genommen. Ob die für das Jahr 2000 eingeplanten 9 Millionen wirklich benötigt werden, wissen wir erst am Jahresende. In der Vergangenheit hat die Finanzsituation der Stadt am Jahresende immer besser ausgesehen - als am Jahresanfang befürchtet. Wir sind ziemlich sicher, dass dies auch für 2000 gilt.

Die BGE stimmt dem Haushalt für das Jahr 2000 zu. Wir bedanken uns bei allen, die am Zustandekommens des vorliegenden Haushaltes mitgewirkt haben. Vielen Dank"

Ute Sickelmann, Fraktion "Bündnis 90/GRÜNE:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Zur Einleitung der diesjährigen Grünen Haushaltsrede bin ich über ein ungemein passendes und sehr aktuelles Zitat gestolpert, das ich Ihnen auf keinen Fall vorenthalten will.

Es ist von Peter Ustinov über Politiker: Aufgrund ihrer bloßen Existenz sind Politiker weltweit unbeliebt. Sie gelten als hinterhältig, weil sie vielen verpflichtet sind, und als langweilig, weil sie wenig zu sagen haben und es nicht gut formulieren. Ihre einzige Freiheit besteht darin, ihre Gegner zu kritisieren, und die Öffentlichkeit gähnt dazu.

Von solch einem Lob beflügelt, möchten wir dann die einzige Freiheit der Politiker nutzen und den Haushalt 2000 kommentieren.

Der Haushalt weist aus, das sich Emmerich chronisch in der Finanzkrise befindet und wie der Ausblick auf die langfristige Finanzplanung zeigt, die Situation sich auch nicht entspannen wird.

In den nächsten Jahren wird die Zuführung zum Vermögenshaushalt kaum höher als die Pflichtzuführung ausfallen und der Schuldenberg noch anwachsen. Für die dicken Brocken, die der Rat sich geschultert hat, sind keine Rücklagen gebildet worden. Das Tafelsilber der Stadt Emmerich ist fast ausverkauft, ohne dass dafür zukunftsfähige Projekte entwickelt worden wären. Der Vermögensverlust für die Kredite und Grundstücksübertragungen an die Logistik- und Gewerbepark GmbH werden stillschweigend abgehakt. Die jahrelange Ansiedlungsphilosophie unserer Wirtschaftsförderer hat den Emmerichern keine Arbeitsplätze geschaffen und rächt sich jetzt doppelt. Einmal drückt es sich aus in den Arbeitslosenzahlen, aber auch in der überproportional hohen Zahl der Sozialhilfeempfänger. In der Finanzplanung ist noch nicht berücksichtigt, dass der städtische Haushalt ab 2001 wegen der Neuregelung der Sozialhilfekosten mit Mehrausgaben von 2 Millionen belastet wird. Noch nicht aufgenommen in die Planung sind die finanziellen Unwägbarkeiten der Altlastensanierung Rako, der Streit um die ausgefallenen Fördermittel beim Hochwasserschutz und die Sanierung der Umkleieräume im Eugen Reintjes Stadion. Die positiven Effekte der verringerten Kreisumlage: wie gewonnen so zerronnen. Deshalb ist es uns ein Rätsel, wie man hier von einem ausgeglichenen Haushalt reden kann. Wie angesichts dieser Haushaltssituation die Gewerbesteuer gesenkt werden kann ist das zweite Rätsel. Nach dem Motto: minus mal minus gleich plus? Damit wäre eine neue Wirtschaftstheorie eingeläutet.

Die von uns geforderte Strukturanalyse, welche Betriebe davon profitieren, sind sie uns schuldig geblieben. Wir glauben eher, der Rat wäre gut beraten, von der Annahme auszugehen, dass die gewerblichen Arbeitsplätze infolge der Globalisierung weiter abnehmen. Das sind jedenfalls die Einschätzungen von Fachleuten aus der Wirtschaft. Das Motto der Wirtschaftsförderung kann im Augenblick nur heißen Bestandspflege und Förderung innovativer Geschäftsideen, die Bereitstellung von Risikokapital durch Kreditinstitute. Welche Standortbedingungen brauchen die Unternehmen bzw. wie können sie optimiert werden? Wie können Synergieeffekte genutzt werden? Dazu kann eine Senkung der Gewerbesteuer gehören, wenn man weiß, welche Effekte sich erzielen lassen und wen erreiche ich? Zu glauben, dass Großkonzerne sich mit 5 Prozentpunkten an den Standort Emmerich gebunden fühlen, ist gerade zu lächerlich. Dogma ersetzt die Sachkunde. Aber sie haben ihre Ideologie und wir 278.000 DM weniger in der Kasse.

Wir wissen also, dass wir für die Korrektur der von SPD/CDU eingeleiteten Fehlentwicklungen sehr wenig Geld zur Verfügung haben. Die notwendigen Personaleinstellungen können wir uns eigentlich nicht leisten. Da die Verwaltung scheinbar an ihre Leistungsreserve gekommen ist, müssen diese Einstellungen aber sein wenn Emmerich bei der Fülle an Aufgaben nicht ganz abgeschlagen auf der Strecke liegen bleiben soll.

Um so wichtiger wird die Sorgfalt der Entscheidung auf allen Ebenen. Vor allem für die Innenstadt.

Was da vor einigen Tagen in der Zeitung stand, lässt befürchten, dass Sie nicht viel verstanden haben. Auch hätten wir uns einen unverkrampfteren Umgang mit dem von uns angebotenen Diskussionsforum mit Dr. Hoorn gewünscht. Wie so etwas aussieht, kann man an dem Beispiel des Amtes für Wirtschaftsförderung in Neuss sehen. (Diese Broschüren habe ich Ihnen bestellt, drei Exemplare liegen vorne.) Aus einem einzigen Besuch von Dr. Hoorn wurde eine professionelle Broschüre zusammengestellt und eine breite Diskussion, die von Verwaltung und Politik gemeinsam getragen wird, angestoßen.

In Neuss konnte man den externen Sachverstand annehmen und ist dabei, das auch unverzüglich umzusetzen. In Emmerich scheint dies nicht möglich. Da werden offensichtliche Mängel schön geredet bis man die Brösel der Innenstadt nur noch zusammenfegen kann. Was uns nicht völlig verzweifeln lässt, ist die Tatsache, dass eine Erweiterung des Horizontes sowie der Zugang mit vernünftigen Argumenten bei großen Teilen dieses Rates nur ungefähr sechs Jahre benötigt. Wir hoffen, dass die Diskussion über die Innenstadt nicht in einem großen Brei zerredet wird und Dinge, die sich sofort umsetzen lassen auch angepackt werden.

Während Emmerich mit sich selbst beschäftigt ist, seine Fehlentwicklungen korrigieren muss, platzieren sich andere Städte in der Tourismus- und Kulturregion des Niederrheins und versuchen für ihre Bürger an der Wertschöpfung teilzunehmen. In Emmerich musste dazu erst einmal ein kleinkariertes Glaubenskrieg überwunden werden.

Wir haben uns mit ätzender Kritik diesmal zurückgehalten, weil wir auch meinen, dass es im Moment nicht in die Zeit passt.

Angesichts der Probleme und Herausforderungen vor denen Emmerich steht, können wir uns solchen Umgang miteinander nicht mehr leisten. Das Verhältnis - Verwaltung zur Politik - die Politik untereinander. So lösen wir kein Problem. Kompromissbereitschaft und die Fähigkeit zum Dialog sind die geforderten Eigenschaften, die wir besser einüben müssen und die auch die Bürger von uns erwarten.

Machen wir es besser als "Die da oben" und versuchen wir verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Ich weiß auch, dass so etwas vor einer Landtagswahl ein frommer Wunsch ist, aber versuchen wir es wenigstens. Der Haushalt spiegelt die reale Situation nicht wider und wird deswegen von uns abgelehnt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Franz-Josef Gabriel, F.D.P.-Fraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Würde ich Wahrsagerinnen glauben, hätte ich mich im vergangenen Jahr nicht als Bürgermeisterkandidat der F.D.P. aufstellen lassen. Vorhergesagt war nämlich, dass Frau Möllenbeck Bürgermeisterin werden würde. Ich habe mich aber um das Bürgermeisteramt beworben und damit meine Einstellung zur Wahrsagerei zum Ausdruck gebracht. Frau Möllenbeck ist ja noch nicht einmal Kandidatin geworden, wie wir alle wissen. Ich halte also nichts von Wahrsagerei! Ähnlich sieht es mit Horoskopen aus. Und dennoch kam ich ein wenig ins Straucheln, als ich in einer Fernseh-Programm-Zeitschrift mein Horoskop für diese Woche las. Da heißt es "Sie sind im Begriff, Ihre Energie völlig sinnlos zu verpulvern!" War das etwa auf meinen Beitrag zur Diskussion die Haushaltssatzung 2000 gemünzt? Leicht könnte ich geneigt sein, das anzunehmen. Denn:

Aus der Presse ist allseits bekannt, wie die Einstellung der einzelnen Fraktionen zum diesjährigen Haushalt ist. Dazu beigetragen haben Ihre pressewirksamen Auftritte in den vorangegangenen Ausschusssitzungen und Ihr gutes Verhältnis zur Presse zu diesem Thema.

Die SPD wird den Haushalt punktuell ablehnen, weil, ja es gehört ganz einfach zum Ritual nicht über den Schatten zu springen und man muss Opposition machen. Da war die geplante Gewerbesteuersenkung ein gefundenes Fressen.

Die Grünen bezeichneten die Satzung in der Öffentlichkeit als "Luftnummer". Interessant, Frau Sickelmann, dass Sie sich schon der gleichen Wortwahl bedienen, wie Ihr großer Bündnispartner in Düsseldorf, der Ministerpräsident. Nur der Zusammenhang ist ein anderer. Ich mutmaße mal, dass der Ministerpräsident Clement im Lichte der heutigen Erkenntnisse anders sprechen würde. Vielleicht ändert sich Ihre Auffassung ja noch zur Haushaltssatzung 2000. Sie haben uns gerade Dogmatismus vorgeworfen, ich meine, in dem was sie vorgetragen haben, das Dogma perfekt erkannt zu haben.

Ich freue mich, dass die BGE bei ihrer Linie des vergangenen Jahres in punkto Gewerbesteuersenkung geblieben ist und dem Haushalt zustimmen wird. Bleibt bei der Betrachtung noch unser Partner in Sachen "Haushaltspolitik": die CDU. Auch ihre Einstellung ist hinreichend bekannt. Der Rat der Stadt hätte somit schon längst zur Tat schreiten - sprich zur Abstimmung übergeben können, um das Procedere abzukürzen. So hätte auch ich mir diese, meine Ausführungen sparen können, was meinen Energieverbrauch sozusagen auf Null geschraubt hätte - hoch lebe das Horoskop. Das aber will ich nun doch nicht. Die vielfältigen Beratungen und Bemühungen sowie Beschlüsse in den Ausschüssen im Vorfeld der Behandlung unseres heutigen, sehr wichtigen TOP haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Das Ausgabevolumen im Verwaltungshaushalt konnte gerade mal um 0,33 % verringert werden. Bei der Saldierung Mindereinnahmen - Minderausgaben beträgt die Verbesserung 0,25 %.
2. Im Vermögenshaushalt musste die Kreditaufnahme gar um mehr als 4 % heraufgesetzt werden. Das ist schon schmerzlich bei einem ursprünglichen Ansatz von rd. 8,5 Mio DM.
3. Innerhalb der Einzelpläne sind im Wesentlichen Ausgabepositionen verschoben worden, was angesichts der Möglichkeiten zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit auch nicht alle

Welt ist.

Ist uns denn nun mit diesem Haushalt ein großer Wurf gelungen? Diese Frage beantworte ich zunächst einmal mit der Gegenfrage, wie denn "großer Wurf" zu definieren ist. Ideal wäre es gewesen, wenn wir auf dem Wege zu einer "freien Spitze" weiter gekommen wären. Herr Diks Sie haben gerade von einer freien Spitze gesprochen, nämlich die Zuführung eines Einnahmeüberschusses aus dem Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt und haben dabei - ich vermute einmal versehentlich - aber nicht berücksichtigt, dass die Pflichtzuführung, die aus Kreditaufnahme und Kredittilgung sich ergeben, berücksichtigt worden sind. Eine solche Spitze gibt ja bekanntlich der Stadt die Gestaltungsmöglichkeiten, die notwendig sind auf dem Investitionssektor. Dieses Ziel liegt leider noch in weiter weiter Ferne! Ich muss in diesem Zusammenhang ganz einfach anmerken, dass die "große Rathauskoalition" aus CDU und SPD in der vergangenen Legislatur diesen Punkt offensichtlich sträflich vernachlässigt hat. Wie bewertete noch Kollege Jessner diese Zusammenarbeit? Ich zitiere aus der NRZ vom 6. Juli des vergangenen Jahres: "SPD und CDU waren erfolgreich, vor allem, was das atmosphärische Verhältnis betrifft". Da sind wir von der F.D.P. lieber mal für einen kleinen Streit, in dem dann aber gute Ergebnisse erzielt werden.

Um dem von mir angesprochenen Ziel näher zu kommen, sollte doch mal die Einnahmeseite wie auch die Ausgabenpolitik ein wenig beleuchtet werden. Den hemmungslosen und damit unverschämten Griff in die Tasche des Steuerzahlers, sei es der sog. Privatmann, sei es der Gewerbetreibende, sei es das Gewerbe machen wir nicht mit. Ganz im Gegenteil. CDU und F.D.P. - und in diesem Falle auch die BGE - beweisen dies auf dem Gewerbesteuersektor. Steuersenkung heißt die Devise der Liberalen!

Gibt es denn vielleicht andere Möglichkeiten als Steuererhöhungen, um die Einnahmeseite zu verbessern?

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich darf Sie mal auf eine Bestimmung im Sparkassengesetz hinweisen, in der es um die Verwendung des Jahresüberschusses geht. Ist die Eigenmittelausstattung der Bank ausreichend, können Teile des Jahresüberschusses dem Gewährträger (d. h. der Stadt, d. h. dem Steuerbürger) zugeführt werden. Diese Regelung ist seit Jahren nicht zum Zuge gekommen.

Meine Damen und Herren, die Sie aus diesem Kreise in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse entsandt worden sind, richten Sie Ihr Augenmerk doch einmal auf diese Möglichkeit. Das Argument "Die Stadtparkasse tut doch schon so viel für unsere Stadt" ist u. E. fehl am Platze. Das Heft des Handelns sollte - bei aller Wertschätzung - nicht bei der Geschäftsführung der Sparkasse liegen, sondern bei Ihnen, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Rates. Ich darf mich anschließen: bei uns!

Etwas schelmisch will ich jetzt meinen Tischnachbar, Sie Herr Beckschaefer von der BGE, ansprechen. Mitte des vergangenen Jahres hatten Sie drei mögliche Schuldige für das Debakel um die Rückzahlung von 1 Million DM an Fördermitteln im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz ausfindig gemacht, das Thema ist schon hier angesprochen worden.

Von dieser Mio sind dem Vernehmen nach 200.000 DM versicherungsmäßig abgedeckt. Bleiben noch 800.000 DM, die - könnten sie dem Haushalt zugeführt werden - die Lage merklich verbessern würden. Sind Sie, lieber Herr Beckschaefer, mit der Haftbarmachung der Schuldigen schon weitergekommen?

Wenden wir uns den Ausgaben zu. Der amtierende "Kämmerer" mahnt in seinem Vorbericht eine strikte Ausgabendisziplin an. Recht hat er! Wir müssen aber auch damit anfangen: bei kleinen und großen Ausgaben. Das ist nicht leicht. Selbstkritisch merke ich an: Es fällt auch uns Liberalen schwer, lieben und netten Antragstellern ablehnende Bescheide zu erteilen, oder z. B. Beförderungszeiträume zu strecken oder mit der Wiederbesetzung von Stellen ein wenig länger zu warten oder, oder ...

Wir leugnen nicht, dass bestimmte Quersubventionierungen durch stadteigene Betriebe nicht in unser Bild passen. Auf Umwegen zwar, aber immerhin finanziert der Steuerzahler bestimmte Vergnüglichkeiten mit nicht unerheblichen Beträgen. Ich habe hier eine Karikatur und ich erlaube mir, die einmal rundzureichen: Im Wasser einer Badeanstalt stehen u. a. zwei Männer mit Büchern in ihren Händen. Sagt der eine zum anderen: "Ich finde die Zusammenlegung von Stadtbad und Bücherei nicht nur aus Kostengründen interessant!" Soweit wollen wir Liberale es nun aber nicht kommen lassen.

Ein kurzes Wort noch zu den Finanzplänen für die kommenden Jahre: Eingangs habe ich gesagt, dass ich von Wahrsagerei nicht viel halte. In gewisser Weise haben Sie, Frau Möllenbeck ein Horrorzenario aufgezeigt, für die kommenden Jahre. Da mag ja teilweise etwas dran sein, es mag ja nicht ganz abwegig sein teilweise. Wer aber ist denn verantwortlich dafür, dass den Gemeinden immer mehr Lasten aufgebürdet werden? Es sind doch Ihre Genossinnen und Genossen in Berlin und Düsseldorf. Das muss in diesem Hause doch auch einmal gesagt werden. Ziehen Sie doch mal an der Alarmglocke auf Ihrer Parteischiene - und schüren Sie hier nicht Ängste, Zukunftsängste, nur weil Wahlen vor der Tür stehen.

Mir ist aufgefallen, dass Sie von der SPD - die Grünen schließe ich mit ein, auch die BGE ist nicht ganz frei davon - dass Sie dazu neigen, heftigst auf die Verwaltung einzudreschen. Sachliche Kritik, wenn angebracht, keine Frage. Aber: Die Verwaltung ist weder Quelle aller Probleme in Emmerich noch deren Lösung.

Wir, Sie und ich, sind in den Rat gewählt worden, damit vorrangig wir auf bestimmten Gebieten Problemquellen trocken legen und deren Lösungen angehen. So verstehen wir Liberale jedenfalls unser Mandat.

Die F.D.P.-Fraktion wird dem Haushalt 2000 zustimmen.

Ganz zum Schluss will ich denn doch noch einmal auf die Wahrsagerei zu sprechen kommen:

Ganz weit weg - so habe ich manchmal den Eindruck - ist man in Haushaltssachen von der Wahrsagerei aber auch nicht. Dieser Bereich ist mit so vielen Imponderabilien, so vielen Unwägbarkeiten verbunden, dass ich dem Kämmerer und aus unserem Kreise hier den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses gelegentlich hellseherische Fähigkeiten wünschen würde.

Ich danke Ihnen. "

Mitglied Diks wünscht, dass der TOP 21 "Zuschuss für GECK e. V." im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes behandelt wird. Er stellt den Antrag, dem GECK e. V. einen Zuschuss i. H. v. 10.000 DM zu gewähren.

Mitglied Beckschaefer schließt sich diesem Antrag an.

Mitglied Möllenbeck wünscht, dass das GECK den städt. Zuschuss anteilmäßig auch an das "Kinder-GECK" weiterleitet.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2000, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	81.885.359 DM
	in der Ausgabe auf	81.885.359 DM
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	24.376.982 DM
	in der Ausgabe auf	24.376.982 DM

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2000 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

8.970.000 DM

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

6.255.000 DM

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2000 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

7.000.000 DM

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2000 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	330 v.H.

§ 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 50.000 DM im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW. Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.
2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 5 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 DM.
3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 2 v.H. der Einnahmen des Haushaltsjahres festgesetzt.
4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.T. der Einnahmen des Haushaltsjahres festgesetzt.
5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 DM gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs. 1 Satz 4 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. **den Stellenplan 2000**
3. **das Investitionsprogramm 2000 – 2003**

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Nun läßt der Vorsitzende über den Gewerbesteuerhebesatz abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2000 wie folgt festgesetzt:

2. Gewerbesteuer
nach dem Gewerbeertrag auf 380 v.H.

Beratungsergebnis: 22 Stimmen dafür, 12 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

3 01 - 13 0125/1999 Feststellung der Gültigkeit der am 12.09.1999 bzw. 26.09.1999 durchgeführten Wahlen der Vertretung und des hauptamtlichen Bürgermeisters der

Stadt Emmerich

Da der Bürgermeister bei diesem Tagesordnungspunkt weder an der Beratung noch Abstimmung teilnehmen darf, übergibt er den Vorsitz an seinen Stellvertreter Herbert Ulrich.

Der stellvertretende Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass auch hier eine getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2 stattfinden kann.

Das Abstimmungsergebnis vom Wahlprüfungsausschuss ist zu beiden Punkten einstimmig dafür.

Er stellt den Punkt 1 zur Abstimmung

1. Die Wahl der Vertretung der Stadt Emmerich am 12.09.1999 wird gemäß § 40 Abs. 1 d des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) für gültig erklärt.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

2. Die Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters am 26.09.1999 wird gemäß § 40 Abs. 1 d des KWahlG für gültig erklärt.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der stellvertretende Vorsitzende Ulrich übergibt den Vorsitz zurück an Herrn Bürgermeister Boch.

4 01 - 13 0184/2000 Benennung eines Vertreters bzw . eines Stellvertreters in den regionalen Beirat für den Nahverkehrs -Zweckverband Niederrhein - NVN -

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Gemäß § 113 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 50 Abs. 2 GO NW benennt der Rat

1. Herrn Bürgermeister Horst Boch als Vertreter der Stadt Emmerich und
2. Herrn Stadtangestellten Thomas Fidler als Stellvertreter des Bürgermeisters

für den regionalen Beirat des Nahverkehrs-Zweckverbandes Niederrhein - NVN -

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

5 02 - 13 0166/2000 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 1999

Mitglied Möllenbeck stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

1. Der Rat beschließt, die vom Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz GO NW zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 2 aufgeführte überplanmäßige Ausgabe gemäß § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz GO NW zu genehmigen.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**6 04 - 13 0131/1999 Errichtung eines sonderpädagogischen Förderzentrums an der Fröbelschule ;
hier: Festsetzung eines neuen Namens gemäß § 7 Schulverwaltungsgesetz**

Mitglied Möllenbeck stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

Der Rat beschließt, dem Förderzentrum Fröbelschule zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum Beginn des Schuljahres 2000/2001 folgenden Namen zu geben:

"Förderzentrum Grunewald"

Städtische Sonderschule für Sprachbehinderte der Primarstufe und für Lernbehinderte im organisatorischen und personellen Verbund.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**7 04 - 13 0132/1999 Rechtsverordnung über die Bildung von Einzugsbereichen für die Hauptschulen der Stadt Emmerich vom 27.04.1988 ;
hier: Redaktionelle Änderung**

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die in der Vorlage aufgeführte Änderung der Rechtsverordnung.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 8** **05 - 13 0144/2000** **9. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 10/4**
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss

Mitglied Möllenbeck stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

zu 1)

Der Rat nimmt den Bericht über die durchgeführte Bürger- und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 10/4 -Dechant-Sprünken-Straße- mit Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung wie folgt :

Auf der nördlichen Teilfläche des Grundstückes Ziegeleiweg 1, Gemarkung Emmerich, Flur 10, Flurstücke 13 und 523, wird eine weitere überbaubare Fläche von 14 m Breite und rd. 12 m Tiefe festgesetzt.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 9** **05 - 13 0156/2000** **8. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . EL I/1 -**
Am Dudel -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

1. Der Bericht der Verwaltung zur Bürger- und Trägerbeteiligung im Rahmen einer Offenlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat beschließt den Entwurf der 8. vereinfachten Änderung gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung. Die Satzung soll anschließend gemäß § 215 a Abs. 2 Baugesetzbuch mit Rückwirkung erneut in Kraft gesetzt werden.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 10** **05 - 13 0163/2000** **2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 7/4 -**
Hansastraße -;
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit Abs. 4 BauGB, den Bebauungsplan Nr. E 7/4 -Hansastraße- im Wege eines vereinfachten Änderungsverfahrens nach § 13 BauGB dahin gehend zu ändern, dass

- a) die Anbindung des Wohnweges an die Hansastraße um 4 m nach Westen verlegt und so umgestaltet wird, dass der als zu erhaltend festgesetzte Baum auf der östlichen Straßenseite steht,
- b) die durch vorgenannte Verlegung frei werdende Fläche entsprechend den Festsetzungen des angrenzenden Wohnbaugebietes (WA, II-III, GRZ=0,4, GFZ=1,0) festgesetzt wird,
- c) der südwestliche Platzbereich des Wohnweges auf ein Maß von 12 m x 10 m erweitert wird,
- d) die sich südlich an den Platzbereich unter c) anschließenden überbaubaren Flächen entsprechend angepasst werden,
- e) die Verkehrsfläche des Wohnweges an seinem südöstlichen Ende um 2 m verlängert wird,
- f) die überbaubare Fläche des WA II-Bereiches südlich des Wohnweges um 2 m nach Osten erweitert wird bei gleichzeitiger Reduzierung der angrenzenden Fläche für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern auf eine Breite von 3 m,
- g) die textlichen Festsetzungen um folgende Festsetzung ergänzt werden:
 "(5) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wird festgesetzt, dass im Geltungsbereich der 1. Bebauungsplanänderung neben den Anpflanzungen auf den Flächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a eine Anzahl von 3 mittelkronigen einheimischen und standortgerechten Laubbäumen (3x verpflanzt, 18/20) anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten ist".

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 7/4 -Hansastraße- mit Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Beratungsergebnis: 31 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

**10a) 06 - 13 0196/2000 Errichtung einer Klärschlammvererdungsanlage auf den
Grundstücken Gemarkung Elten , Flur 3, Flurstück
1338
und 1337**

Der Bürgermeister verliest ein Erklärung, welche im Anschluss an die Ratsmitglieder verteilt wird.

Erster Beigeordneter Böttner teilt ergänzend mit, dass der Landschaftsbeirat, der heute getagt hat, sich nicht gegen die Technik ausgesprochen hat, sondern empfohlen hat, nach alternativen Standorten zu suchen.

Mitglied Sickelmann teilt mit, dass der Kreisverwaltung Kleve bis zum 14.02.2000 die Bedenken der Stadtverwaltung Emmerich nicht bekannt waren. Sie sind davon ausgegangen, dass ein Einverständnis der Stadt vorliegt.

Mitglied Sickelmann fragt nach der rechtlichen Konsequenz; ihrer Meinung nach wäre die Stadtverwaltung schadenersatzpflichtig, wenn dieses nicht abgewandt worden wäre. Sie wünscht Akteneinsicht in dieser Angelegenheit
Auch die Mitglieder Beckschaefer und Wernicke wünschen Akteneinsicht, die von der Verwaltung gewährt wird.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass der Landschaftsbeirat keine positive Bauanfrage beschließen, sondern nur eine Stellungnahme abgeben kann, die jedoch rechtlich irrelevant ist. Selbst wenn die Verwaltung des Kreises Kleve eine Stellungnahme abgibt, kann dieser eine Bauvoranfrage, die bei einer anderen Behörde vorliegt - Planfeststellungsbehörde Staatl. Umweltamt in Krefeld - nicht genehmigen.

Einigkeit besteht bei allen Mitgliedern des Rates, dass dieser Standort nicht der richtige ist.

Mitglied Sloot bittet, sollten sich irgendwelche Ansatzpunkte in dieser Angelegenheit ergeben, dass der zuständige Fachausschuss unverzüglich hierüber informiert wird.

Nach kurzer Diskussion läßt der Vorsitzende über den Antrag von Mitglied Wernicke abstimmen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Sitzung des Landschaftsbeirates am 15.02.2000 zustimmend zur Kenntnis. Gleichwohl beschließt der Rat, diese Stellungnahme im Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz dem Staatlichen Umweltamt Krefeld gegenüber abzugeben.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

11 01 - 13 0174/2000 Ablauforganisation im Bauhof

Mitglied Möllenbeck erklärt, dass ihre Fraktion die Stellungnahme zur Kenntnis nimmt, allerdings ist ihre Fraktion der Auffassung, dass über die Beteiligung bei Straßenneubaumaßnahmen und über den Aufwand für die Pflege und Unterhaltung noch Gespräche im entsprechenden Ausschuss zu führen sind.

Die Regelung der in dem Antrag aufgeworfenen Fragen fällt gemäß § 62 Abs. 1 GO in die Kompetenz des Bürgermeisters. Der Bürgermeister ist danach verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsganges der gesamten Verwaltung. Er leitet und verteilt die Geschäfte.

Die Verwaltung hat im Februar 1999 einen Bericht zur Situation des Baubetriebshofes erstellt, der sich u. a. mit den Fragen auseinandersetzt, die im Schreiben der SPD aufgeworfen werden.

Es war damals gewünscht worden, dass der Bericht in der 1999 auslaufenden Legislaturperiode nicht mehr beraten werden sollte.

Darüber hinaus hatte die Verwaltung schon in mehreren Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht, dass sie ausdrücklich eine betriebswirtschaftliche Ausrichtung des Baubetriebshofes anstrebt, in der er sich in der Endphase dem Leistungsvergleich mit einem privaten Dritten stellt.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich Schritte in diese Richtung unternommen. So führt der Baubetriebshof z. B. Aufzeichnungen und Stundenzettel, die den Einsatz der einzelnen

Mitarbeiter und der Maschinen und Geräte nachvollziehen und bewertbar machen.

Ein wichtiger weiterer Schritt war die Umsetzung der Frau Schulte-Spechtel, einer Oberinspektorin, die ein zusätzliches Betriebswirtschaftsstudium absolviert hat, zur Kämmerin, die von dort insbesondere den weiteren Aufbau der Betriebskostenrechnung im Bauhof steuern und begleiten wird, mit dem Ziel der Kosten-Leistungsrechnung.

Die Verwaltung hält es nicht für zweckmäßig, Angelegenheiten des Baubetriebshofes im Werksausschuss Abwasser beraten zu lassen. Nach den Bestimmungen der Hauptsatzung der Stadt Emmerich ist für den Straßenbau und für Verkehrsfragen der Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss zuständig. Für Vergaben, die die Grenze von 50.000 DM überschreiten, ist der Haupt- und Finanzausschuss zuständig. Die Verwaltung hält es für sinnvoll, diese Regelung beizubehalten. Bei einer Zuordnung der Aufgaben zum Werksausschuss Abwasser blieben auch letzte rechtliche Zweifel, ob dieser "Spezialausschuss" derartige Aufgaben übernehmen dürfte.

Zur Frage der Weisungsbefugnis sei noch darauf hingewiesen, dass neben dem Bürgermeister der Dezernent IV, Herr Stangert, berechtigt ist, dem Bauhof Aufträge zu erteilen. Die Frage der Priorität bei der Erledigung von Aufgaben wird in Abstimmung zwischen Herrn Stangert und dem Leiter des Baubetriebshofes entschieden. Prämisse ist in aller Regel die Wichtigkeit des einzelnen Auftrages.

Beratungsergebnis: Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12 01 - 13 0176/2000 EDV-Aufwand

Mitglied Möllenbeck teilt mit, dass ihre Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis nimmt und erklärt, dass hierzu noch Fragen offenstehen. Sie wünscht, hierüber im entsprechenden Gremium zu beraten.

Mitglied Beckschaefer schlägt vor, dieses an den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen.

Herr Holtkamp beantwortet die Frage von Mitglied Maiß dahin gehend, dass ein neues EDV-Programm hierzu erforderlich war. Im Laufe des ersten Halbjahres wird es möglich sein, das Ratsinformationssystem zu nutzen.

Der Vorsitzende lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

1. **Ausgabenaufgliederung der Haushaltsstelle 1.060.6380.0 Kosten der Datenverarbeitung**

Auf die als **Anlage 1** gekennzeichnete Erläuterung wird verwiesen.

2. **Sperrvermerk bei 1.060.9355.5**

Auf die als **Anlage 2** gekennzeichnete Erläuterung wird verwiesen.

Die Verwaltung bittet darum, vom Sperrvermerk abzusehen, weil sie sonst nicht den beim Rechenzentrum Moers eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

3. **EDV-Entwicklungskonzept**

Es ist nicht richtig, dass die Verwaltung ein gefordertes EDV-Konzept nicht vorgelegt hat.

Auf die Vorlage: EDV-Entwicklungskonzept vom 01.02.1999, das beigefügt ist, wird verwiesen. Der Rat hatte die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis genommen, ohne weitere Forderungen zu beschließen.

Da interne Absprachen über die weitere Konzeption der EDV existieren, ist die Verwaltung gerne bereit, bis zur nächsten Ratssitzung das Konzept aus 1999 zu aktualisieren und fortzuschreiben.

Oberste Prämissen bei der EDV-Weiterentwicklung sind:

- der Service für den Bürger soll weiter verbessert werden
- die Arbeitsqualität und Schnelligkeit soll gesteigert werden
- zusätzliche Aufgaben sollen möglichst durch EDV-Einsatz aufgefangen werden, ohne dass es einer Personalaufstockung bedarf
- das Kosten-Nutzenverhältnis jeder EDV-Weiterentwicklung wird sorgfältig geprüft.

Der Rat verweist diesen Antrag an den Rechnungsprüfungsausschuss zur weiteren Beratung.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

13 02 - 13 0179/2000 Erhöhte Hundesteuer für Kampfhunde

Mitglied Gabriel erklärt, dass seine Fraktion diesen Antrag zurückzieht.

14 05 - 13 0154/2000 Anbringung des "Grünen Pfeils"

Der Rat ist mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss

15 05 - 13 0175/2000 Baugebiet für junge Familien

Mitglied Beckschaefer bittet, auch andere Gebiete wie z. B. den Bereich Spielberg zu prüfen.

Die Stellungnahme der Verwaltung nimmt der Rat zur Kenntnis.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Zuge der Überlegungen betr. der Folgenutzung für das TNT-Gebäude wurde die Frage der Freilegung der Grundstücke und die Änderung des Bebauungsplanes bereits verwaltungsintern erwogen.

Es wird vorgeschlagen, ein Bebauungsplanänderungsverfahren einzuleiten. Die Kosten der Freilegung der Grundstücke sind zu ermitteln und ggf. über einen Nachtrag in den Haushalt einzustellen. Ansonsten erfolgt Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

**16 06 - 13 0165/2000 Antrag auf ausführliche Prüfung an den Rat der Stadt Emmerich (00/001);
hier: Neues Feuerwehrgerätehaus - Zusammenlegung von
Feuerwehr und THW**

Mitglied Gabriel erklärt für seine Fraktion, dass der Antrag zurückgezogen wird.

17 08 - 13 0153/2000 Neuorganisation der Wirtschaftsförderung

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die F.D.P.-Fraktion greift dankenswerterweise eine Initiative der Verwaltung auf. Diese favorisiert bereits seit längerem eine Konzentration aller Wirtschaftsförderungsaktivitäten in einer Hand. Die organisatorischen und finanziellen Aspekte sind in dem diesseitigen Schreiben vom 10.11.99 an alle Fraktionen bereits im Einzelnen dargestellt worden. Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang, dass es nicht nur zu einer bloßen "formalen Privatisierung" kommt, sondern zu einer Konzentration der Bereiche Wirtschaftsförderung Stadtmarketing und Tourismus in einer Gesellschaft. Allerdings erscheint es fraglich, ob sich genügend Emmericher Wirtschaftsunternehmen finden, die sich an einer solchen GmbH - mit allen Konsequenzen! - beteiligen werden.

18 08 - 13 0155/2000 Ergänzung zum Namen der Stadt

Mitglied Gabriel erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Mitglied Ulrich schlägt vor, um die Bürokratie zu umgehen, künftig auf allen Schreiben, Werbekampagnen u. ä. den Zusatz "Emmerich am Rhein" aufzunehmen. Somit könne sehr viel Aufwand gespart werden.

Mitglied Möllenbeck schließt sich dem Vorschlag an.

Mitglied Maiß verweist auf die Aussage von Herrn Hoorn, der bei einer Veranstaltung seiner Ratsfraktion gesagt hat, Emmerich muss sich anders präsentieren.

Auch Mitglied Gies erklärt im Namen seiner Fraktion, dass sie sehr großen Wert darauf legen, den Namen abzusichern.

Erster Beigeordneter Böttner weist darauf hin, dass der Vorschlag von Mitglied Ulrich nicht umgesetzt werden kann. Sollte die Stadtverwaltung Emmerich den Zusatz "Emmerich am Rhein" benutzen, muss der Städtenamen offiziell auch korrekt sein. Er schlägt vor, dass der Rat den Beschluss fasst, das Verfahren einzuleiten. Alles weitere wird von der Verwaltung vorbereitet.

Hierüber lässt der Vorsitzende abstimmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Änderung des Namens "Emmerich" in "Emmerich am Rhein" vorzubereiten.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

19 08 - 13 0177/2000 Einsparung von Energiekosten an Schulen

Mitglied Möllenbeck erklärt, dass ihre Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden ist.

Mitglied Kunigk bittet, den seinerzeitigen Antrag der CDU bezügl. Energieeinsparungen an Schulen hier mit zu berücksichtigen.

Mitglied Maiß bittet, auch den Antrag der GRÜNEN hier einzuarbeiten.

1.

Die Verwaltung hat bereits wegen der Errichtung einer Photovoltaikanlage mit den Stadtwerken Kontakt aufgenommen. Die Stadtwerke sind hier grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit bereit. Da die Maßnahme Sanierung Dach Europa-Hauptschule wegen anderer, dringender Maßnahmen auf das nächste Haushaltsjahr verschoben wurde, soll nunmehr diese Anlage möglichst an einem anderen Objekt der Stadt realisiert werden. Über den Fortgang wird die Verwaltung den Rat laufend unterrichten.

2.

Die Verwaltung wird mit den Schulen in der Stadt unverzüglich Gespräche wegen der Erarbeitung eines Konzeptes zur Einsparung von Energiekosten an Schulen aufnehmen. Nach Auffassung der Verwaltung soll in dieses Konzept auch die Einsparung von Müll einbezogen werden.

20 08 - 13 0178/2000 Gestaltungskonzept für den Bereich Realschule , Stadttheater und Grollscher Weg

Mitglied Möllenbeck ist mit der Erarbeitung eines Konzeptes, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, einverstanden, wünscht jedoch einen Zeitplan.

Mitglied Sickelmann regt an, mit dem Pächter der Tankstelle Grollscher Weg ein Gespräch zu führen, um evtl. Konfliktpunkte auszuräumen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird gemeinsam mit der Realschule und dem Eigenbetrieb KKK ein Konzept erarbeiten, in dem möglichst die Eckpunkte Berücksichtigung finden und dieses Konzept

dann dem Rat über die zuständigen Fachausschüsse zur Beratung vorlegen.

Eingaben an den Rat

21 02 - 13 0181/2000 Zuschuss für Groß Emmericher Carnevals -Komitee e.V.

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt hat im Rahmen des Tagesordnungspunktes 24 "Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 20002 stattgefunden.

22 04 - 13 0185/2000 Umzug des DKSB in die Innenstadt

Die Beratung hat im Zusammenhang mit TOP 24 "Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2000" stattgefunden.

23 05 - 13 0152/2000 Verkehrsuntersuchung BAB - AS Netterdensche Straße

Mitglied Gabriel erklärt für seine Fraktion, dass über die Angelegenheit erst dann entschieden werden soll, wenn das Gutachten der Trassenführung im Zusammenhang mit der Betuwe-Linie vorliegt.

Mitglied Sickelmann regt an, eine Neubewertung der Verkehrsstudie vornehmen zu lassen, da das Gutachten sehr alt ist.

Mitglied Diks verweist darauf, dass im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens alle Dinge berücksichtigt werden sollen, die noch einfließen. Er ist der Meinung, dass dieses nicht im Zusammenhang mit der Betuwe-Linie geschehen soll, da er hier keinen Ansatzpunkt sieht, hier eine Zeit zu nennen.

Mitglied Beckschaefer ist der Meinung, dass das Planfeststellungsverfahren beschleunigt werden sollte, jedoch sollte dieses nicht mit dem Gutachten der Trassenführung der Betuwe-Linie geschehen.

Bürgermeister Boch teilt mit, dass der Rat eine Resolution erlassen hat und z. Zt. eine Studie erarbeitet wird, die wahrscheinlich Mitte des Jahres vorliegt. Davon wird das Rheinische Autobahnamt Krefeld auch in Kenntnis gesetzt.

Der Vorsitzende lässt über die Stellungnahme der Verwaltung abstimmen.

Seitens der Verwaltung wird eine Neuerstellung der Verkehrsstudie zum Autobahnanschluss an der Netterdenschen Straße in Emmerich nicht für erforderlich gehalten. Es wird damit gerechnet, dass das Planfeststellungsverfahren noch in diesem Jahr durchgeführt wird. Der Bürgerinitiative wird empfohlen, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens beim Rheinischen Autobahnamt Krefeld die Anregung zur Neuerstellung einer Verkehrsstudie vorzutragen.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

25 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

1. Sachleistungsprinzip;
hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Bürgermeister Boch teilt mit, dass die Verwaltung das Sachleistungsprinzip für Asylbewerber einführen möchte und nicht - wie in der Presse berichtet für alle Sozialhilfeempfänger -. Die Fraktionsvorsitzenden werden in Kürze entsprechend unterrichtet.

2. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes;
hier: Mitteilung von Herrn Holtkamp

Herr Holtkamp teilt mit, dass der Städte- und Gemeindebund sehr kurzfristig zur Mitgliederversammlung eingeladen hat. Die Einladung wurde an die Fraktionsvorsitzenden weitergeleitet. Er bittet, bis Freitag, 18.02.2000, um telefonische Anmeldung.

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

26 **Einwohnerfragestunde**

1. Verkehrsuntersuchung BAB - AS Netterdensche Straße;
hier: Anfrage des Bürgers Rainer Tiemann

Herr Tiemann bezieht sich auf die Beratungen zu TOP 23 und erklärt hierzu, dass seiner Meinung nach die Verkehrsstudie zum Autobahnanschluss an der Netterdenschen Straße veraltet und sachlich falsch ist. Sollte sich bei einem neuen Gutachten herausstellen, dass der Anschluss zwingend nötig ist, wird die Bürgerinitiative dem zustimmen. Solange jedoch die Angelegenheit auf diesem "falschen Gutachten" basiert, wird die Bürgerinitiative diese Angelegenheit im Bundesverkehrsministerium weiter vorantreiben.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.05 Uhr, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin